



Presseschau vom 06.09.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Fall Nawalny: Russische Ärzte schlagen Deutschland Bildung von Expertenteam vor**

Der Vorsitzende der gemeinnützigen russischen Organisation „Nationale Medizinische Kammer“, Leonid Roschal, hat seinen deutschen Ärztekollegen vorgeschlagen, ein gemeinsames Expertenteam zur Aufklärung des Zustandes von Alexej Nawalny zu bilden. Laut Roschal „beschäftigt viele das Schicksal von Nawalny“, deshalb sollten Experten beider Länder die Ursache für seinen Zustand finden.

„Lassen Sie uns in Ruhe zusammenkommen, russische sowie deutsche Spezialisten auf dem Gebiet der Toxikologie, und darüber beraten, ob eine Vergiftung vorliegt oder nicht. Denn sollte sich tatsächlich herausstellen, dass Nawalny vergiftet wurde, dann sind wir der Ansicht, dass in Russland ein Strafverfahren eingeleitet werden muss“, betonte Roschal.

Er stellte klar, dass die Ursachen für Nawalneys Zustand noch immer nicht feststünden. Allerdings hätten die russischen Ärzte gute Arbeit geleistet und bei dem Patienten Schlimmeres verhindert. Roschal hob hervor, dass die russischen Mediziner während Nawalneys Krankenhausaufenthalt in Omsk keine Giftspuren nachgewiesen hätten, die deutschen Ärzte jedoch schon.

Die Nationale Medizinische Kammer ist der größte gemeinnützige Zusammenschluss im russischen Gesundheitswesen. Er setzt sich aus mehr als 150 medizinischen Organisationen aus ganz Russland zusammen.

Befunde der Ärzte

Der russische Regierungskritiker hatte am 20. August auf einem Flug von Tomsk nach Moskau das Bewusstsein verloren, woraufhin er in ein künstliches Koma versetzt wurde. Nach anfänglicher Behandlung in einem Omsker Krankenhaus wurde Nawalny auf Drängen seiner Familie in die Berliner Charité verlegt. Nach Angaben der Charité ist sein Gesundheitszustand weiterhin ernst.

Die Bundesregierung hatte am Mittwoch nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr mitgeteilt, sie sehe es als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit einem chemischen Nervenkampfstoff der Nowitschok-Reihe vergiftet worden sei.

Die Behauptung der Bundesregierung steht im Widerspruch zu den Befunden der russischen Ärzte, die Nawalny zunächst im Omsker Krankenhaus behandelt hatten. Die Omsker Ärzte gaben als vorläufige Diagnose eine Stoffwechselstörung an. Diese soll ein drastisches Absinken des Blutzuckerspiegels verursacht haben. Laut dem leitenden Toxikologen Sibiriens, Alexander Sabaew, wurden in Nawalnys „Entgiftungsorganen“ (Leber, Lungen, Nieren) keine Giftstoffe entdeckt. Im Falle einer Vergiftung jedoch müssten in den genannten Organen Giftspuren festzustellen sein.

Rusvesna.su: Die Besatzer antworteten auf Puschilins Ultimatum

Das Hauptquartier der Besatzungsoperation im Donbass bestreitet jegliche Verstöße und verspricht eine „angemessene Reaktion“.

„Wenn die bewaffneten Formationen der Russischen Föderation das Territorium der Ukraine beschießen, wird das Kommando der Vereinigten Kräfte mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln reagieren“, sagte der Befehlshaber der OOS, Wladimir Krawtschenko.

Ihm zufolge überprüfte das OOS-Hauptquartier zusammen mit dem Chef der ukrainischen Seite des JCCC, Oleksandr Borshchewsky, Puschilins Anschuldigungen.

Wie früher berichtet, beschuldigte das Oberhaupt der DVR die ukrainischen Besatzer, ihre Positionen im Bereich des Dorfes Schumy nach vorn zu verschieben.

Die OOS versichert jedoch, dass „die Anschuldigungen falsch und provokativ sind“.

Laut Krawtschenko habe Puschilins Erklärung eine „politische Komponente“, deren Zweck darin besteht, „Vereinbarungen über die Einhaltung eines vollständigen und umfassenden Waffenstillstands zu stören“.

„Die ukrainische Seite hat die Vereinbarungen im Dorf Schumy nicht verletzt, genau wie die Gegenseite.“

Im Falle des Einsatzes von Feuer durch die bewaffneten Formationen der Russischen Föderation auf dem Territorium der Ukraine behalte sich das Vereinte Kommando das verfassungsmäßige Recht vor, die territoriale Integrität der Ukraine durch die Bereitstellung einer angemessenen Reaktion mit allen verfügbaren Kräften und Mitteln zu schützen“, sagte Krawtschenko.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_643.jpg

vormittags:

rusvesna.su: „**Wir benachrichtigen Weißrussland**“ **Warum US-Panzer in den baltischen Staaten ankommen**

Ein Bataillon der US-Armee mit schweren gepanzerten Fahrzeugen wurde nach Litauen verlegt, um an gemeinsamen Militärübungen teilzunehmen. Dies wurde vom litauischen Verteidigungsministerium gemeldet.

Die Amerikaner lieferten Abrams-Panzer, Bradley-Infanterie-Kampffahrzeuge, Offroad-Militärfahrzeuge und vieles mehr nach Litauen - etwa 40 Ausrüstungsgegenstände.

Das 2. Bataillon des 69. Regiments der 2. Panzerbrigade der 3. Infanteriedivision der US-Armee wird an gemeinsamen Manövern mit dem litauischen Militär und dem kombinierten Bataillon der NATO-Truppen in Litauen teilnehmen.

Dabei gehe es um geplante Übungen, die nicht mit aktuellen Ereignissen in der Region zusammenhängen, sagte der litauische Verteidigungsminister Raimundas Karoblis gestern im nationalen Radio (die eine neue Tradition, aber kaum zu glauben).

„Wir werden das benachbarte Weißrussland definitiv über diese und andere geplante Übungen informieren“, sagte er.

Das amerikanische Bataillon wird bis Mitte November auf litauischem Boden bleiben.

Danach wird voraussichtlich eine weitere ähnliche Einheit im Land eintreffen - sie soll sechs Monate in Litauen verbringen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/voennyje_ssha_28.jpg

de.sputniknews.com: **Maas erhöht Druck auf Moskau im Fall Nawalny**

Bundesaußenminister Heiko Maas erhöht den Druck auf Russland, zur Aufklärung der angeblichen Vergiftung des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny beizutragen.

Mit Blick auf das Pipeline-Projekt Nord Stream 2 sagte der SPD-Politiker der „Bild am Sonntag“: „Ich hoffe nicht, dass die Russen uns zwingen, unsere Haltung zu Nord Stream 2 zu ändern.“

Bislang hatte die Bundesregierung eine Verknüpfung des Falls Nawalny mit dem deutsch-russischen Gasprojekt vermieden.

Maas betonte, dass ein Stopp der fast fertig gebauten Pipeline auch deutschen und europäischen Firmen schaden würde: „Wer das fordert, muss sich der Konsequenzen bewusst sein. An Nord Stream 2 sind mehr als 100 Unternehmen aus zwölf europäischen Ländern beteiligt, etwa die Hälfte davon aus Deutschland.“ Die Debatte jetzt allein auf Nord Stream 2 zu verengen, werde dem Fall nicht gerecht.

„Wenn es in den nächsten Tagen auf der russischen Seite keine Beiträge zur Aufklärung gibt, werden wir mit unseren Partnern über eine Antwort beraten müssen“, machte Maas deutlich.

„Wenn wir über Sanktionen nachdenken, sollten diese möglichst zielgenau wirken.“

Russland bestreitet, in die Vergiftung des 44 Jahre alten Oppositionellen verwickelt zu sein,

laut Maas gibt es aber „viele Indizien“ dafür. Das Nervengift Nowitschok habe sich in der Vergangenheit im Besitz russischer Stellen befunden und sei nur einer sehr kleinen Gruppe von Menschen zugänglich. „Und das Gift wurde von staatlichen Stellen bereits für den Anschlag auf den Ex-Agenten Sergej Skripal verwendet. Wenn sich die russische Seite nicht an der Aufklärung des Verbrechens an Herrn Nawalny beteiligt, wäre das ein weiteres Indiz für die Tatbeteiligung des Staates. Sollte es über Verschleierungen und Nebelkerzen nicht hinausgehen, müssen wir davon ausgehen, dass Russland etwas zu verheimlichen hat“, sagte Maas.

Unterdessen forderten Politiker von CDU und Grünen Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) auf, seinen Posten beim Pipeline-Unternehmen Nord Stream 2 zu räumen.

Unionsfraktionsvize Johann Wadephul (CDU) sagte dem Berliner „Tagesspiegel“ (Sonntag): Schröder müsse „umgehend seine Ämter und Posten in Russland aufgeben“. Für den Anschlag auf Nawalny mit einem Nervengift trage allein die russische Regierung die Verantwortung. Auch wenn Moskau die Verantwortung leugne, dürfe das gerade ein ehemaliger Bundeskanzler „weder politisch noch moralisch“ ignorieren, so der CDU-Politiker.

Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt sagte den Zeitungen der Funke-Mediengruppe am Sonntag: „SPD-Altkanzler Schröder muss sich jetzt entscheiden, ob er auf der Seite der Demokratie und der Menschenrechte steht.“ Göring-Eckardt hatte bereits gefordert, die Bauarbeiten an dem Pipeline-Projekt zu stoppen.

Schröder ist Präsident des Verwaltungsrates der Nord Stream 2 AG, bei der der russische Konzern Gazprom formal einziger Anteilseigner ist. Kritiker werfen dem Altkanzler vor, in seiner Position Lobby-Arbeit für den Kreml zu betreiben. Maas sagte der „Bild am Sonntag“ auf die Frage, ob die SPD den Altkanzler vor die Wahl stellen müsse, weiter Genosse oder „Putins bester Gaslobbyist“ zu sein: „Das ist wirklich ein Thema, mit dem ich mich gerade nicht auseinandersetze.“ Auf die Frage, ob Schröder das Ansehen Deutschland beschädige, antwortete Maas: „Sie können hier Sachen vermischen, ich werde das nicht tun.“

Vorwurf aus Berlin

Die Bundesregierung sieht es nach Untersuchungen eines Spezial-Labors der Bundeswehr als zweifelsfrei erwiesen an, dass Nawalny mit dem militärischen Nervengift „Nowitschok“ vergiftet wurde. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach am Mittwoch von einem „versuchten Giftmord“.

Russland ist nach Angaben des Kremlsprechers, Dmitri Peskow, zur allseitigen Zusammenarbeit mit Deutschland bezüglich der Situation um den russischen Blogger Alexej Nawalny bereit. Moskau weist aber darauf hin, dass Berlin bislang keine Antwort auf offizielle Anfragen gegeben und Moskau über seine Schlussfolgerungen nicht unterrichtet habe. Das russische Außenministerium schickte nach eigenen Informationen eine offizielle Anfrage nach Deutschland und warte auf eine Antwort.

Inzwischen hielt das russische Außenministerium die Eile, mit der die USA und die Europäische Union (EU) die Version über Nawalyns Vergiftung aufgegriffen hatten, für verdächtig. Laut russischen Diplomaten setzt sich Russland für eine gründliche Untersuchung des Vorfalls ein. ...

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. September 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung durch die bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

rusvesna.su: Krawtschuk erklärte, warum die Ukraine ein Dringlichkeitstreffen zum Donbass einberuft

Der erste Präsident der Ukraine, Leiter der ukrainischen Delegation bei der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) Leonid Krawtschuk, erklärte, warum Kiew ein außerordentliches

Treffen der TKG initiierte.

Ihm zufolge soll ein dringendes Treffen der politischen Untergruppe der TKG „die Bedeutung eines Waffenstillstands in Donbass hervorheben“.

„In diesem Jahr war es endlich möglich, die Feindseligkeiten in Donbass ab dem 27. Juli zu beenden. Dies ist zweifellos eine wichtige Errungenschaft für alle in der Ukraine - sowohl im freien als auch im besetzten Gebiet (d.h. in der DVR und LVR, Red.).

Und das ist für alle verständlich, auch für die Millionen Ukrainer, die im besetzten Gebiet. Sie sehen, wer die Feindseligkeiten wieder entfachen will“, sagte Krawtschuk und versuchte, die Schuld für das, was an der Kontaktlinie geschieht, den Behörden der DVR zuzuschieben.

Wir erinnern daran, dass das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, gestern den Befehl erteilt hat, das Feuer auf die illegal errichteten Ingenieurbauwerke der ukrainischen Invasoren im Gebiet der Siedlung Schumy zu eröffnen.

Ihm zufolge ignorierte die ukrainische Seite die Erfüllung der Anforderungen zur Beseitigung der von ihr begangenen Verstöße, die Donezk am 28. August vorgebracht hatte.

Pushilin stellte klar, dass die Positionen der Streitkräfte der Ukraine im Bereich der Siedlung Schumy am 7. September zerstört werden sollen.

„Ich fordere die ukrainische Seite auf, ab 08:00 Uhr am 7. September 2020 sicherzustellen, dass sich in dem angegebenen Gebiet keine Personen befinden. Wir brauchen keine Menschenopfer. Wir werden den Waffenstillstand nicht brechen. Wir wollen nur die getroffenen Vereinbarungen einhalten“, sagte Puschilin.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/kravchuk_11.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 05. September 3:00 Uhr bis 06. September 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

Gleichzeitig wurden im Berichtszeitraum **folgende Fälle von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen** zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden Regimes der Feueinstellung festgestellt:

- um 11:50 Uhr wurden etwa 10 Detonationen von Minensperren in der Folge eines Brand von trockenem Gebüsch festgestellt sowie eine Detonation, in deren Folge ein langfristig angelegter Feuerpunkt auf den Positionen der BFU im Gebiet von Werchnetorezkoje in Brand geriet;
- um 15:50 Uhr wurde eine Detonation und ein Brand im Gebiet von Krasnogorowka registriert;
- um 20:50 Uhr wurde auf den Positionen der BFU im Gebiet von Grigorowka eine

Detonation registriert.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Chinesische Raumfähre nach Testflug planmäßig zur Erde zurückgekehrt**

Das wiederverwendbare experimentelle Raumfahrzeug, das China am Freitag ins All gestartet hatte, ist nach zwei Tagen im Orbit wieder zur Erde zurückgekehrt. Nach Angaben der Agentur Xinhua landete die Raumfähre am Sonntag erfolgreich auf der vorgesehenen Landebahn.

„Nach zwei Tagen Flug ist der Apparat am 6. September erfolgreich auf der vorgesehenen Landebahn gelandet“, meldet Xinhua.

„Der volle Erfolg dieses Experiments markiert einen wichtigen Durchbruch in Chinas Technologieforschung zu wiederverwendbaren Raumfahrzeugen“, hieß es. Die Technologie solle die friedliche Nutzung des Weltraums günstiger machen.

Das experimentelle wiederverwendbare Raumfahrzeug war am Freitag mit einer Rakete vom Typ Changzheng-2F (Langer Marsch) vom Weltraumbahnhof Jiuquan zu Testzwecken ins All geschossen worden und sollte nach einer nicht näher genannten Zeit wieder auf der Erde landen.

Nach Informationen der chinesischen Aerospace Science and Technology Corporation CASC sollte bei dem Flug die Technologie des wiederverwendbaren Raumschiffs erprobt werden. Das US-Militär bestätigte, dass das chinesische Raumfahrzeug in einem Orbit geortet worden sei.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/04/327881429_0:377:3000:2000_1000x541_80_0_0_bb0f5e8faf0e25fff2f5367d791a3b2b.jpg

rusvesna.su: **Spielt Deutschland ein Doppelspiel? - Erklärung von Maria Sacharowa**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kommentierte die Aussage des deutschen Außenministers Heiko Maas, dass die russischen Behörden angeblich hinter der „Vergiftung“ des Oppositionspolitikers Alexej Nawalny stecken könnten.

Heiko Maas behauptet, wenn Russland in den kommenden Tagen keine Schritte unternimmt, um den Vorfall mit dem Blogger Alexej Nawalny zu untersuchen, werde eine Reaktion Deutschlands und seiner Partner folgen.

„Wir erwarten, dass die russische Regierung dieses schwere Verbrechen untersucht. Wenn sie nichts mit dem Angriff zu tun hat, muss sie selbst daran interessiert sein, dies anhand von Fakten zu beweisen.“

Sehr geehrter Herr Maas, wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihren

Erklärungen aufrichtig ist, sollte sie selbst daran interessiert sein, so bald wie möglich eine Antwort auf das Ersuchen der russischen Generalstaatsanwaltschaft vorzubereiten. Es wurde am 27. August übermittelt.

Bisher gibt es keine Gewissheit, dass in Deutschland kein Doppelspiel gespielt wird, da das für die Prüfung von Fragen der Rechtshilfe zuständige Berliner Justizministerium erst am Freitag von den deutschen Behörden die Anfrage der Generalstaatsanwaltschaft Russlands erhalten hat.

Wo ist diese „Dringlichkeit“, auf die Sie bestehen?

Es ist die deutsche Seite, die diese schmerzlich vermissen lässt, da nach den Aussagen der Fachabteilung des Berliner Justizministeriums, dies nur „den Antrag prüft, und die Entscheidung über die Genehmigung wird erforderlichenfalls in Absprache mit den zuständigen Bundesbehörden getroffen“. Indem Berlin keine Antwort sendet, verlangsamt es die von ihm geforderten Ermittlungen. Absichtlich?



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/1_mariya_zaharova.jpg

Mzdnr.ru: Am 5. September wurden in der DVR 16 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 63 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Am 6. September um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 2686 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

1220 Patienten sind derzeit in Behandlung, 1318 als gesund entlassen, es gibt 148 Todesfälle. Zum Stand am 5. September wurden Coronavirusinfektionen bei 126 Personen, die seit dem 25. Juni 2020 aus der Ukraine eingereist sind, entdeckt. Alle infizierten Patienten wurden in spezialisierte Einrichtungen des Gesundheitswesens der Republik eingewiesen und werden kostenlos behandelt.

de.sputniknews.com: Schoigu: Nato will zum Kalten Krieg zurückkehren

Die Nato will laut Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu zur Konfrontation zurückkehren, wie sie es in der Zeit des Kalten Krieges gegeben hat. Ihm zufolge haben die westlichen Medien eine Propagandakampagne gegen Russland aufgezogen, um die Weltgemeinschaft von der angeblich aggressiven Außen- und Militärpolitik Moskaus zu überzeugen.

Schoigu betonte, dass die Nato eine militärische Infrastruktur entwickle und weiterhin ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa einsetze

„Tatsächlich versucht die Nordatlantische Allianz, zur Konfrontation der Ära des Kalten Krieges zurückzukehren“, sagte Shoigu gegenüber den Reportern zum Abschluss der Army

Games 2020.

Er betonte, dass „die antirussische Rhetorik von hochrangigen Beamten des Bündnisses weit verbreitet“ sei.

„In den konzeptionellen Dokumenten des Blocks wird unser Land als Hauptbedrohung für die Sicherheit definiert. In den westlichen Medien wurde eine groß angelegte Propagandakampagne gestartet. Ziel ist es, die Weltgemeinschaft von der angeblichen Aggressivität der russischen Außen- und Militärpolitik zu überzeugen“, fuhr Schoigu fort. Er betonte, dass der Grund dafür offensichtlich sei. „Russland verfolgt eine unabhängige Politik, beteiligt sich aktiv an der Lösung globaler Probleme und fungiert als Vermittler bei der Beilegung von Konflikten“, unterstrich der Minister.

Die wachsende internationale Autorität Russlands habe die Entwicklung nicht nur eurasischer, sondern auch globaler Integrationsverbände wie der BRICS stimuliert.

„All dies wird vom Westen als Herausforderung für seine Führung angesehen, als Versuch, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion entstandene unipolare Weltordnung zu zerstören“, bemerkte Schoigu.

Darüber hinaus machte er darauf aufmerksam, dass Russland der Nato kürzlich vorgeschlagen habe, die Anzahl der Militärübungen während der Pandemie zu verringern, um weitere Komplikationen in den Beziehungen zu verhindern. Brüssel habe jedoch auf diese Idee negativ reagiert.

Die Zahl der Nato-Aufklärungsflugzeuge in der Nähe der russischen Grenzen sei in letzter Zeit im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 30 Prozent gestiegen, sagte Schoigu.

Vom 23. August bis 2. September habe Russlands Luftwaffe mindestens zehnmal abgehoben, um Aufklärungsflugzeuge über der Ostsee, der Barentssee und dem Schwarzen Meer abzufangen.

„Um die Sicherheit zu gewährleisten und die nationalen Interessen zu schützen, sind unsere Streitkräfte gezwungen, auf unfreundliche Nato-Aktionen zu reagieren und die Kampffähigkeiten zu verbessern. Alle ergriffenen Maßnahmen zielen ausschließlich auf die Stärkung der Verteidigung ab, sind in ihrem Umfang begrenzt und entsprechen modernen militärischen Gefahren“, sagte Schoigu.

„Wir sind nicht an einem neuen Wettrüsten interessiert. Um Spannungen abzubauen, wollen wir die maximale Offenheit in Fragen der militärischen Aktivität erhalten“ so der Minister abschließend.

Dnronline.su: Die ukrainische Seite bereitet ein Schlag auf Bezirke der DVR für den 7. und 8. September vor. Dies wurde aus einer Mitteilung aus dem E-Mail-Postfach des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen bekannt, die von der Hacker-Gruppe „Joker DNR“ abgefangen wurde.

Es ist anzumerken, dass die BFU eine Provokation als Erwiderung auf die Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über einen massiven Artillerieschlag auf die Positionen der BFU im Gebiet von Schumy planen.

„Am 07.09.2020 um 8:00 Uhr werden die ungesetzlichen bewaffneten Formationen der sogenannten DVR einen Artilleriebeschuss auf unsere Positionen in der Umgebung von Schumy durchführen. Unsere Artillerieeinheiten haben den Befehl erhalten, einen Schlag auf Gorlowka und Donezk in der zweiten Hälfte des 07.09.20 und in der ersten Hälfte des 08.09.20 durchführen. Die Schläge werden unter anderem auch auf Wohngebiete erfolgen, was zu möglichen Todesfällen unter der Zivilbevölkerung führen kann.

Ihre Einheit muss Informationsmaßnahmen zur Formierung der öffentlichen Meinung in der Ukraine, den einzelnen Bezirken der Oblaste Donezk und Lugansk, Russland auf Grundlage folgender Thesen erstellen:

- Die ungesetzlichen Formationen der einzelnen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk haben die ukrainischen Streitkräfte zu Erwiderung des Feuers provoziert, das heißt, sie tragen

die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung;

- Puschilin persönlich trägt die Verantwortung für die Opfer unter der Zivilbevölkerung;
- die Artillerie der ukrainischen Streitkräfte hat nur Schläge auf die Positionen der einzelnen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk durchgeführt, aber einige Geschosse konnten von den angegebenen Koordinaten abweichen, weil alte sowjetische Technik eingesetzt wurde;
- die Artillerie der ukrainischen Streitkräfte hat nur Schläge auf die Positionen der einzelnen Bezirke der Oblaste Donezk und Lugansk durchgeführt, aber die Kämpfer haben selbst Mörser- und Artillerieschläge auf Wohngebiete durchgeführt, um die ukrainischen Streitkräfte zu beschuldigen“, heißt es in der abgefangenen Mitteilung des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen.

sputnik.by: **Das Innenministerium hat die Anzahl der Teilnehmer an Samstagsaktionen mitgeteilt**

Wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen zu Massenveranstaltungen wurden 91 Personen festgenommen; an 18 Orten gab es Proteste.

Ungefähr viertausend Menschen nahmen an den Massenaktionen teil, die am Tag zuvor im Land stattfanden. Das Innenministerium der Republik veröffentlichte solche Daten.

Der Samstag war der 28. Protesttag, der nach den Präsidentschaftswahlen begann. Dieser Tag war sowohl von Oppositionsaktionen als auch von Veranstaltungen geprägt, die von Anhängern der gegenwärtigen Regierung organisiert wurden.

Nach Angaben des Ministeriums fanden die Proteste an 18 Orten statt, allein in Minsk wurden sie an acht Orten registriert. 91 Personen wurden wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen zu Massenergebnissen festgenommen, Davon 34 Personen in Hafteinrichtungen gebracht, bis vor Gericht Fälle von Verwaltungsdelikten geprüft wurden.

Nach Angaben des Innenministeriums werden auch am Sonntag Polizeikräfte verstärkt eingesetzt: Um die Sicherheit in Minsk zu gewährleisten, wurde die Zahl der Trupps und Personen erhöht und zusätzlich die Spezialausrüstung der Polizei und der internen Truppen einbezogen. Die Hauptstraßen der Stadt werden tagsüber gesperrt.

„Polizeibeamte werden alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um solche Aktionen zu unterdrücken und Verstöße gegen die öffentliche Ordnung zu verhindern“, betonte das Innenministerium. ...



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/09/06/1045626704.jpg>

de.sputniknews.com: **„Sabotageakt“ in Atoanlage: Iran will Drahtzieher entlarvt haben**
Zwei Monate nach dem Brand in der Atoanlage Natanz haben die iranischen Sicherheitsbehörden laut Angaben der iranischen Atomorganisation (AEOI) die Verantwortlichen identifiziert. Nach Informationen der Behörden war der Brand Anfang Juli

in Natanz ein Sabotageakt.

„Die Sicherheitsbehörden untersuchen peinlich genau, was in Natanz passiert ist. Und das war ein Sabotageakt“, sagte AEOI-Sprecher Behrus Kamalwandi im iranischen Sender IRIB TV1. „Soweit uns bekannt ist, konnten sie die (dahinter steckenden – Anm. d. Red.) Kräfte identifizieren, die Ursachen, Methoden und weitere Details ermitteln.“

Ob es ein interner oder externer Sabotageakt gewesen sei, ließ Kamalwandi offen.

Die iranische Atomorganisation (AEOI) hatte Anfang Juli von einem „Vorfall“ in Natanz berichtet. In der im Zentraliran liegenden Atomanlage wird Uran angereichert und es sollte bald die Produktion neuer Zentrifugen anlaufen.

Was dort wirklich vorgefallen ist, ist bis jetzt nicht öffentlich bekannt. Die Behörden sprachen von einem Brand, bei dem weder Menschen verletzt worden noch Radioaktivität ausgetreten sei. Medienberichte, wonach es eine Explosion gegeben haben soll, wurden von iranischen Offiziellen weder bestätigt noch zurückgewiesen.

Ende August teilte AEOI-Sprecher Behrus Kamalwandi mit, die Untersuchungen zu dem Vorfall hätten einen Sabotageakt bestätigt.

nachmittags:

rusvesna.su: **„Die Kämpfer wurden abgezogen, die Gräben werden zugeschüttet“: Was passiert auf den Positionen der Streitkräfte der Ukraine bei Gorlowka?**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, kündigte an, die Positionen der Streitkräfte der Ukraine nahe Schumy bei Gorlowka zu beschießen, wenn die ukrainischen Einheiten illegal errichtete technische Befestigungen in diesem Bereich nicht beseitigen.

Der Schlag wird laut Puschilin am Morgen des 7. September geführt. Er forderte das ukrainische Kommando auf, Personal abzuziehen, damit es nicht von der Armee der Republik beschossen werde.

Als Antwort darauf kündigte Kiew an, ein außerordentliches Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe zum Donbass einzuberufen.

„Unser Präsident wurde darüber informiert, er ist äußerst besorgt darüber.

Wir haben sofort einen Schritt unternommen: Wir, die Ukraine, berufen ein außerordentliches Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe gleich für morgen ein (Sonntag, 6. September, Anm. Red.)“, sagte Außenminister Dmitrij Kuleba.

Die ukrainische Zeitung „Strana“ beschloss, mit den Soldaten zu sprechen, die sich auf Positionen befinden, auf die Puschilin zu schießen droht.

Sie argumentieren, dass die Gräben, die die „Separatisten“ beschießen wollen, ursprünglich nicht von ihnen gebaut wurden: Die ukrainische Seite habe angeblich Befestigungen der Positionen durchgeführt, die sie vom Feind erhalten hatten.

„Diese Gräben sind nur ein Teil der Befestigungen, die der Feind vor einem Jahr verlassen hat, um die Frontlinie auszugleichen. Wir haben dieses Gebiet zu Beginn des Sommers besetzt und ein wenig verstärkt.

Und aus irgendeinem mysteriösen Grund wird uns plötzlich gesagt, dass wir dort etwas gegraben und dort etwas verletzt hätten“, sagte ein Offizier bei Schumy

...

„Die Kämpfer wurden bereits aus diesen Befestigungen zurückgezogen, die Gräben werden bereits zugeschüttet. Natürlich ist das unangenehm. Es stellt sich heraus, dass die Separatisten Im Großen und Ganzen wurde diese Aktion von Pushilin für Propagandazwecke benötigt, um Druck auf uns auszuüben. Dies ist das erste. Und zweitens ist das Gebiet wirklich wichtig, da es uns bei Bedarf ermöglicht, schnell eine Offensive gegen nahegelegene feindliche Stellungen zu starten“, sagte der Offizier.

Außerdem gelang es ukrainischen Journalisten herauszufinden, dass die Streitkräfte der

Ukraine bereits Artillerie in besagtes Gebiet verlegt hat, möglicherweise für erwidertes Feuer, falls die DVR ihre Drohung umsetzt. Und dies würde wiederum den tatsächlichen Zusammenbruch des Waffenstillstands bedeuten.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/vsu_29.jpeg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 06.09.2020**

In den letzten 24 Stunden wurden nach Angaben von Beobachtern der DVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine stationieren weiter **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium, was eine Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feuereinstellung ist und Leben und Gesundheit friedlicher Einwohner gefährdet.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von zehn Schützenpanzern aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade in der Nähe von Sajzewo entdeckt.

Die fehlende Kontrolle von Seiten der Kommandeure und das geringe Niveau der militärischen Disziplin in den Einheiten der BFU fördern die Auffüllung der Liste der **nicht kampfbedingten Verluste** unter den ukrainischen Kämpfern. Dabei bemüht sich der Stab der OOS, die toten oder schwerverletzten Soldaten als Vermisste auszugeben, um der Verantwortung zu entgehen.

So erlitten Kämpfer – Obermatrose S.W. Mogilewitsch und Matrose W.Ju. Wolkow – am 5. September im Gebiet von Werchnetorezkoje bei der Unterbindung einer weiteren Ausbreitung des Brandes von trockenem Gras, der von den Positionen der 54. Brigade auf die Positionen der 35. Brigade der BFU übergegriffen hatte, schwere Brandverletzungen.

Aber im Versuch, den Fall nicht kampfbedingter Verluste zu verheimlichen, informierte das Kommando der 35. Brigade über deren Verschwinden und derzeit laufende Suchmaßnahmen. Wir schließen nicht aus, dass das Kommando die Kämpfer im Fall ihres Todes aufgrund der Verbrennungen als Deserteure darstellt.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Brigadekommandeure der BFU Fälle von Vergiftungen ihrer Kämpfer durch Rauchgas gegenüber dem übergeordneten Stab verheimlichen, um der Verantwortung zu entgehen. Dabei befinden sich die am 5. September bei der Löschung eines Brandes im Gebiet von Krasnogorowka verletzten Feldwebel M.N. Schewelew, Soldat S.A. Jewstranenko und Soldat M.A. Lukarschewskij derzeit in ernstem Zustand in einem Sanitätspunkt der 79. Brigade in Kurachowo.

Trotz der Erklärung des stellvertretenden Kommandeurs der OOS Bondar, in der er die Durchführung technischer Arbeiten an der Kontaktlinie durch Einheiten der BFU dementierte, veröffentlichen ukrainische Massenmedien weiter **Videoreportagen über die Ausrüstung**

neuer Positionen der BFU in der OOS-Zone. In diesem Zusammenhang hat das Kommando der OOS zeitweilig die Akkreditierung von Journalisten gestoppt und die Fahrt von Filmteams in das Frontgebiet bis zu einer besonderen Anweisung verboten.

Mehr noch, um weiteres Durchsickern von Informationen über Verletzungen des Regimes des Waffenstillstands von Seiten der BFU zu verhindern, hat die Abteilung für militärisch-zivile Zusammenarbeit der OOS die Anweisung erhalten, zusätzliche Maßnahmen zur Zensur und Kontrolle der Arbeit von Journalisten in der OOS-Zone auszuarbeiten.

Es ist wichtig anzumerken, dass die größte Zahl von Reportagen über Erfolge der BFU bei der Schaffung neuer Positionen vom „5. Kanal“, den Poroschenko kontrolliert, veröffentlicht wird, was deutlich den Versuch des Ex-Präsidenten der Ukraine demonstriert, Selenskij zu behindern und sich im Vorfeld der Wahlen als Friedensschaffer zu zeigen. Mehr noch, durch solche Aktivitäten versucht Poroschenko aktiv die geltenden Friedensvereinbarungen zu sabotieren.

de.sputniknews.com: **Wegen Blockade von Druckereien: London erwägt härtere Maßnahmen gegen Extinction Rebellion – Medien**

Nach den Blockadeaktionen von Extinction Rebellion gegen mehrere Druckereien erwägt die britische Regierung laut Medienberichten ein härteres Vorgehen gegen die Umweltschutzbewegung. Nach Informationen der Zeitung „The Telegraph“ besteht eine der Optionen darin, die Bewegung als eine kriminelle Organisation einzustufen.

Demnach haben Premierminister Boris Johnson und Innenministerin Priti Patel ihre Beamten aufgefordert, einen „frischen Blick“ darauf zu werfen, wie diese Gruppe gesetzlich einzustufen sei.

Die 2018 in Großbritannien gegründete Umweltbewegung, deren Name als „Rebellion gegen das Aussterben“ übersetzt werden kann, will durch Mittel des zivilen Ungehorsams Regierungen zu Maßnahmen gegen das massive Artensterben sowie das mögliche Aussterben der Menschheit als Folge der Klimakrise veranlassen.

Am Samstag hatten viele Briten nach neuen Protesten von Extinction Rebellion keine Tageszeitungen bekommen. Mehr als 100 Aktivisten hatten zuvor die Zufahrtsstraßen zu zwei Druckereien blockiert. Die Polizei nahm mehrere Dutzend Demonstranten fest.

Johnson twitterte am Samstag, es sei völlig inakzeptabel, „den Zugang der Öffentlichkeit zu Nachrichten auf diese Weise einzuschränken“.

Patel bezeichnete die Aktion als „Angriff auf unsere freie Presse, Gesellschaft und Demokratie“.

Das Vorgehen der Demonstranten stieß nicht nur auf Protest der Regierung, sondern auch der Opposition.

Aktivisten werfen blockierten Zeitungen Falschberichterstattung vor

Betroffen waren Druckereien, die Zeitungen des Rupert-Murdoch-Konzerns druckten, etwa „The Sun“ und „The Times“. In sozialen Medien warfen Aktivisten ihnen Falschberichterstattung vor. „Die Berichterstattung in vielen der hier gedruckten Zeitungen verschmutzt die nationale Debatte über Klimawandel, Einwanderungspolitik ... und über Dutzende andere Themen“, hieß es.

Die Zeitung „The Telegraph“, die von den Blockaden ebenfalls betroffen war, hob als Reaktion für das gesamte Wochenende ihre Bezahlschranke für Online-Artikel auf. „Wir waren nicht das primäre Ziel, aber die Produktion der The-Telegraph-Ausgaben war ernsthaft beeinträchtigt“, hieß es in einer Mitteilung an die Leser. Nach diesem „Anschlag auf die freie Presse“ habe man beschlossen, die Inhalte auf der Website bis Montagmorgen frei zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt zehn Tage will Extinction Rebellion vor allem in London gegen die Klimaerwärmung protestieren. Viele Aktivisten klebten sich in den vergangenen Tagen auf dem Asphalt im Regierungsviertel fest. Seit Dienstag sind mehrere Hundert Menschen

festgenommen worden.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/06/327888795_0:0:3072:1662_1000x0_80_0_1_6ec0a22dd91478be28ade26d27132369.jpg

Mil-Inr.info: **Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 6. September 2020**

In den letzten 24 Stunden wurden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der BFU festgestellt.

Trotz des Fehlens von Verletzungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung gefährden die ukrainischen Soldaten weiter das Leben der Zivilbevölkerung, indem sie **verbotene Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern stationieren**.

Nach Angaben unserer Aufklärung haben Kämpfer der 25. Brigade auf Befehl des Kommandeurs des 2. Fallschirmlandebataillons Oberst Suschtschenko einen Schützenpanzer und einen Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Lobatschowo stationiert. Dabei nutzen die Kämpfer Wirtschaftsgebäude von Einwohnern, die gezwungen wurden zeitweise ihre Häuser zurückzulassen und in die Tiefe des Landes zu ziehen, zur Unterbringung ihrer Technik. ...

sputnik.by: **In Minsk findet eine Protestaktion statt**

An diesem Sonntag finden in Minsk und einigen anderen Städten Weißrusslands ‚Solidaritätsmärsche‘ statt. Die Polizei hat bereits mehrere Personen festgenommen. Die Demonstranten versammelten sich am Sonntagnachmittag im Zentrum der belarussischen Hauptstadt, berichtet ein Sputnik-Korrespondent. Die Polizei habe die ersten Festnahmen vorgenommen.

Der "Marsch der Solidarität" sollte um 14 Uhr vom Unabhängigkeitsplatz im Zentrum von Minsk beginnen. Aber wie schon am vergangenen Sonntag, erlaubte die Polizei den Demonstranten nicht, sich auf diesem Platz zu versammeln.

Polizisten, OMON-Mitarbeiter und Angestellte der Truppen des Innenministeriums sperrten mehrere zentrale Plätze ab und blockierten den Durchgang auf dem Unabhängigkeitsprospekt. Die Demonstranten aus verschiedenen Teilen der Stadt, diesich nicht auf dem Unabhängigkeitsplatz versammeln konnten, gingen in Richtung Siegesprospekt, der Stele „Minsk Heldenstadt“ sowie des Unabhängigkeitspalastes, wo sie jeden Sonntag Protestaktionen abhalten.

Die Teilnehmer der Aktion tragen weiß-rot-weiße Flaggen und rufen „Hau ab!“ und „Es lebe Weißrussland!“. Die Sicherheitskräfte errichteten in der Nähe des Unabhängigkeitspalastes eine Absperrung und stellten mehrere gepanzerte Personaltransporter auf.

Es gibt noch keine offiziellen Informationen über die Anzahl der Demonstranten und die Anzahl der Festgenommenen.

An diesem Sonntag finden in einer Reihe von Regional- und Bezirksstädten Weißrusslands Protestaktionen statt. Heute ist der 29. Protesttag.

Unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen, bei denen das amtierende Staatsoberhaupt Alexander Lukaschenko gewann, begannen in Belarus Massenproteste von Personen, die mit den offiziellen Abstimmungsergebnissen nicht einverstanden waren. Die Opposition und ihre Anhänger behaupten, dass die Ergebnisse gefälscht wurden und Swetlana Tichanowskaja die Wahl gewonnen habe.



<https://cdn11.img.sputnik.by/images/07e4/09/06/1045628616.jpg>

abends:

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 6. September 2020

Da es keinen Vorwand hat, die Volksmiliz der Nichteinhaltung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen, unterlässt das ukrainische Militärkommando die Versuche nicht, die Volksmiliz unter Heranziehung von Propagandisten des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen und kontrollierter Massenmedien unter allgemeiner Führung des Stabs der OOS zu diskreditieren.

So hat der Gegner im Vorfeld des Inkrafttretens des Ultimatums der Oberhaupt der DVR D. Puschilin am 7. September beschlossen, die Volksmiliz der DVR rechtzeitig der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den eigenen Verletzungen der Bedingungen des Waffenstillstands abzulenken sowie die nicht kampfbedingten Verluste zu verheimlichen und sie als Ergebnis angeblichen Beschusses von unserer Seite auszugeben.

Wir hatten bereits mitgeteilt, dass wegen Verletzungen von Sicherheitsbestimmungen auf den Positionen der 79. Brigade im Gebiet von Krasnogorowka eine Brand provoziert wurde, bei dem drei Kämpfer der BFU verletzt wurden. Derzeit gibt der Verbrecher und Kommandeur der 79. Brigade Luzenko Erklärungen zur Verheimlichung der Fälle nicht kampfbedingter Verluste des Verbandes ab.

Nach genauen Informationen wurde der Brand beseitigt und die Kämpfer meinten, dass die Abschnitte mit dem abgebrannten Gras jetzt als entmint betrachtet werden könnten, in der Folge erlitt ein weiterer Soldat eine Detonationsverletzung, wonach der Stab der OOS sich beeilte, die Volksmiliz der DVR fälschlich des Beschusses unter Einsatz einer BOG-17-Granate zu beschuldigen.

Eine ähnliche Situation entstand im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der BFU im Gebiet von Werchnetorezkoje, wo nach Angaben des Stabs der OOS es heute Morgen

gelingen ist, einen Brand zu löschen, bei dem angeblich zwei Soldaten der BFU vermisst wurden, aber später teilte das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ mit, dass sie auf ein Minenfeld geraten seien.

Außerdem geriet heute im Gebiet von Nowgorodskoje ein Fahrzeug, vermutlich vom Typ „Ural“ aus dem Bestand des 18. Bataillons der 35. Brigade der BFU auf eine eigene Mine. Nach vorläufigen Informationen wurden infolge der Detonation zwei Soldaten, die sich in dem Auto befanden, verletzt.

Wir schließen nicht aus, dass der weitere Fall nicht kampfbedingter Verluste vom Kommando der 35. Brigade als Ergebnis von Beschuss von unserer Seite dargestellt werden wird.

Eine Kommission des Stabs der OOS führt eine Ermittlung durch.

Im Rahmen des Koordinationsmechanismus sowie um Beschuldigungen der Volksmiliz bezüglich Provokationen zu verhindern, wurde die ukrainische Seite im GZKK operativ über diese Fälle in Kenntnis gesetzt.

Der Gegner führt weiter Feuerprovokationen in Bezug auf unsere Verteidiger durch. Heute wurde von den Positionen des 23. Bataillons der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Iwanow eine **Feuerprovokation in Richtung des Volvo-Zentrums** von Donezk unter Einsatz von Schusswaffen durchgeführt.

Außerdem haben Kämpfer eines Panzergrenadierbataillons der 54. Brigade von ihren Positionen **im Gebiet von Troizkoje aus eine Provokation unter Einsatz eines automatischen Granatwerfers** durchgeführt.

Die Schüsse waren nicht zielgerichtet und bedrohten das Leben unserer Soldaten und der friedlichen Bürger nicht.

Die Einheiten der Volksmiliz beobachteten den Gegner, hielten dabei streng das Regime der Feueereinstellung ein, ohne auf die Provokation des Gegners einzugehen.

Wir erinnern daran, dass die ukrainische Seite entsprechend der Liste der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung des Regimes der Feueereinstellung in diesem Fall verpflichtet ist, Disziplinarmaßnahmen gegen den Kommandeur der 56.

Panzergrenadierbrigade I.W. Iwanow und der 54. mechanisierten Brigade A.S. Majstrenko zu ergreifen und darüber den Koordinator der Kontaktgruppe in Kenntnis zu setzen.

Wir fordern vom Stab der OOS, Willen zu zeigen, Ordnung in die unterstellten Einheiten zu bringen und eine Umsetzung des Befehls über die Realisierung der Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung des Regimes der Feueereinstellung zu erreichen.

Ein weiteres Mal rufen wir die internationalen Beobachter auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die ukrainische Seite zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu bringen.

de.sputniknews.com: **Lawrow und Vucic besprechen Verhandlungen mit Kosovo in Washington**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow und der serbische Präsident Aleksandar Vucic haben am Sonntag bei einem Telefonat die Ergebnisse des serbisch-kosovarischen Treffens in Washington und die bevorstehenden Gespräche zwischen Serbien und der selbsterklärten Republik Kosovo in Brüssel besprochen.

Laut einer Mitteilung des russischen Außenministeriums äußerten Lawrow und Vucic ihr Engagement für eine allseitige Entwicklung der strategischen Partnerschaft und des politischen Dialogs im Einklang mit den Vereinbarungen der Präsidenten der beiden Länder. Serbiens Präsident Aleksandar Vucic bei Unterzeichnung des Vertrags mit Kosovo in Washington

Vucic habe Lawrow über die Ergebnisse des Treffens mit dem Chef der selbsterklärten Republik Kosovo, Avdulah Hoti, in Washington und über die bevorstehenden Verhandlungen (zwischen Belgrad und Pristina – Anm. d. Red.) in Brüssel informiert, hieß es.

„Im Kontext der Gleichschaltung der Uhren“ in der Kosovo-Frage sei die Unveränderlichkeit der Haltung Russlands zugunsten der Suche nach einer sicheren und dauerhaften Lösung auf

der Grundlage der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates betont worden, hieß es in der Mitteilung weiter.

Verhandlungen in Washington

Am 3. und 4. September hatte eine serbische Delegation unter der Leitung von Vucic einen zweitägigen Besuch in den USA abgestattet und dort Gespräche mit dem „Premierminister“ der selbsterklärten Republik Kosovo, Avdulah Hoti, geführt. Die Gesprächsparteien unterzeichneten unter Vermittlung von US-Präsident Donald Trump ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/09/06/327889207_0:0:3073:1662_1000x54180_0_0_fe8f70289b96505ad7b1706479960af7.jpg

de.sputniknews.com: Nato simuliert regelmäßig Luftschläge gegen Russland – Schoigu

Russische Kampfflugzeuge sind nach Angaben des russischen Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, in letzter Zeit regelmäßig abgehoben, um ausländische Aufklärungsflugzeuge und Bomber zu begleiten, die Raketenangriffe simulieren.

Die Intensität der Nato-Flüge nahe den russischen Grenzen habe deutlich zugenommen, betonte er gegenüber dem Fernsehsender Rossiya 24 am Sonntag.

„Noch alarmierender ist Folgendes: Vorher waren es <...> hauptsächlich Aufklärungsflüge, und nun haben regelmäßige Flüge und Anflüge (an mutmaßliche Ziele – Anm. d. Red.) mit dem Training und der Simulierung von Raketenschlägen begonnen“, äußerte er.

Derartige Flüge würden von einer großen Anzahl von Maschinen durchgeführt, fügte er hinzu. Als Beispiel verwies Schoigu auf den jüngsten Vorfall, als schwere strategische US-Bomber B-52 sich zum ersten Mal seit langer Zeit den russischen Grenzen genähert hatten.

„Wir verstehen solche Aktivitäten, wir verstehen, womit sie verbunden sind“, betonte der russische Minister. Alle hätten sich bereits damit abgefunden, dass es in der unipolaren Welt einen einzigen „Meister“ gebe, und nun plötzlich entstehe ein zweiter Pol, äußerte Schojgu. Dem „Meister“ gefalle das nicht sehr gut, sagte er weiter.

Russland habe keine andere Wahl, als stark zu sein, und derzeit werde alles getan, damit das Land nicht bedroht werde, sagte der russische Verteidigungsminister abschließend.